schaft ins Leben gerufen werden könnte, zu sammeln, sich in Betreff der Möglichkeit der Beschaffung von Geldmitteln zu diesem Zwecke, sowie in Betreff der Anwerbung von technischen Kräften für den Ausbau der Chausseen zu orientiren wünscht. Es dürfte indessen mit diesen Absichten der Zweck Sr. Hoheit nicht erschöpft sein, man nimmt vielmehr an, daß seiner Reise auch politische Motive nicht ganz fern stehen. Es heißt, der Fürst wünsche mit den leitenden Persönlichkeiten der großen Staaten in persönliche Berührung zu treten und sich über die Ansichten der Cabinete in Betreff der Balkankrise aus erster Quelle zu belehren. Man geht vielleicht nicht zu weit, wenn man annimmt, daß den Fürsten ähnliche Beweggründe leiten, wie jene, welche beim Ausbruche der Krisis den rumänischen Ministerpräsidenten, Herrn Bratiano, nach Wien und Berlin geführt hatten." — Wie man des Weiteren aus Cetinje meldet, hat sich in Montenegro eine Abtheilung des „Rothen Kreuzes" auf stabilen Grundlagen unter dem Vorsitze des Metropoliten Mitrofan Ban constituirt. Sie hat die Aufgabe, Mittel für den Fall vorzubereiten, als Montenegros Volksheer irgendwie in Action zu treten hätte. Es sollen vor Allem ein Sanitätscorps formirt, Verbandzeug vorbereitet und Ambulanzen errichtet werden. — Schließlich wird von dorther berichtet, daß der russische Gelehrte, Herr P. A. Rovinski, welcher durch geraume Zeit zu wissenschaftlichen Zwecken in Montenegro geweilt hatte, Cetinje verlassen und sich nach Rußland zurückbegeben hat. Bei 300 Bürger aus der montenegrinischen Hauptstadt gaben ihm bis Weka das Geleite.

* Zur Lage in Bulgarien wird der „Politischen Correspondenz" aus Sofia, 14. Januar geschrieben:

In auswärtigen Blättern tauchte kürzlich die Nachricht auf, daß der Führer der bulgarischen Liberalen, Zankow, und der Führer der conservativen Partei, Stoilow, sich zur gemeinsamen Bekämpfung des Ministerpräsidenten Karawelow verbündet hätten und daß diese Campagne der geeinigten Opposition Aussicht auf Erfolg habe. Diese Darstellung muß als eine unrichtige bezeichnet werden. Das Compromiß zwischen Zankow und Stoilow datirt keineswegs aus der letzten Zeit, sondern besteht schon seit mehr als einem Jahre und das Programm dieser Allianz ist seinerzeit in den bulgarischen Blättern veröffentlicht worden. Diese Verbindung ist auch durch den Philippopeler Staatsstreich nicht beeinflußt worden, obgleich ein Theil der Conservativen Stoilow aufgefordert hatte, sich von Zankow loszusagen und sich vorbehaltlos der gemeinsamen Sache aller Bulgaren zur Verfügung zu stellen. Es leuchtet ein, daß die vereinigte Opposition, die vor dem Staatsstreiche und dem serbisch-bulgarischen Kriege keinen Einfluß und keinen Anhang im Lande zu gewinnen vermochte, gegenwärtig noch viel geringere Aussichten auf einen Erfolg hat als früher.

Bezüglich der bereits einmal besprochenen St. Petersburger Kundgebung, in welcher die Entfernung des Cabinetes Karawelow als Wunsch der russischen Regierung bezeichnet wurde, sei bemerkt, daß Herr Karawelow, wenn die Existenz eines solchen Wunsches in irgend einer officiellen Form kundgegeben worden wäre, sicherlich nicht gezaudert hätte, sein Portefeuille dem Vortheile des Vaterlandes zu opfern. Ebenso hätte der Fürst, der seine nur auf das Wohl des Landes bedachte Objectivität auch dadurch bewiesen hatte, daß er Herrn Karawelow, der notorischermaßen sein entschiedener persönlicher Feind gewesen war, zur Cabinetsbildung berief, die Person des gegenwärtigen Ministerpräsidenten sofort fallen lassen, sobald das Interesse des Landes dies erheischt hätte. Allerdings muß hierbei bemerkt werden, daß es Täuschung ist, wenn man in Rußland annimmt, daß der Rücktritt Karawelow's eine Systemänderung bedeuten würde. An die Stelle des Letzteren trete wieder ein Mitglied der Partei Karawelow und die Politik der bulgarischen Regierung bliebe von dem Personenwechsel unberührt. Ein Cabinet Zankow-Stoilow könnte sich nur bis zum Zusammentritte der Sabranje halten, deren Majorität sich gegen diese Regierung bestimmt aussprechen würde. Es bliebe allerdings noch der Ausweg der Auflösung der Sabranje; dieses Mittel schlug jedoch nach der bisherigen Erfahrung immer zum Unheile der Urheber aus und es ist gewiß, daß ein Cabinet Zankow sich auch durch Neuwahlen keine Majorität zu verschaffen vermöchte. Was nun das äußerste Auskunftsmittel, nämlich die Suspendirung der Verfassung betrifft, so sei noch einmal betont, daß die Bulgaren selbst die Rückkehr der Zustände von 1876 dem Verzichte auf ihre Verfassung vorziehen würden.

Was die in der Presse [illegible] Frage, betreffend die Eventualität der Wiedereinreihung der russischen Officiere in die bulgarische Armee, betrifft, ist die öffentliche Meinung angesichts des Mangels an Officieren durchaus nicht dagegen eingenommen; allein die Durchführung einer solchen Absicht würde große Schwierigkeiten darbieten. Die russischen Officiere haben die bulgarische Armee im kritischsten Augenblick verlassen und die bulgarischen Officiere haben inzwischen auf dem Schlachtfelde ihre militärische Tüchtigkeit und Bravour an den Tag gelegt. Die Collisionen, die — man darf dies jetzt offen sagen — vor dem Kriege zwischen bulgarischen und russischen Officieren nicht blos im Dienste, sondern auch an öffentlichen Orten häufig vorkamen, würden gegenwärtig zweifellos schärfer und zahlreicher auftreten, was eine Lockerung der Disciplin in der Armee zur Folge haben könnte und die russisch-bulgarischen Beziehungen auf ernste Proben stellen würde.

Das Amtsblatt veröffentlicht in jeder Nummer Decrete, betreffend Ankäufe für die Ausrüstung und Approvisionirung der Armee. Nummer 119 des Blattes enthält ein Decret, betreffend einen Vorschuß von 18,800 Frcs. für den Ankauf von Filzmänteln.

* Aus serbischen Kreisen verlautet der Wortlaut der Adresse, welche die Stadt Pirot an Se. Majestät den König Milan gerichtet hat. Derselbe lautet, wie folgt:

Euere Majestät! Allergnädigster Herr!

Im Angesichte eines Herrschers von fremdem Blute und fremdem Glauben und unter dem grausamen Drucke der zeitlichen Ueberflutung eines tartarischen Stammes, ist Deine Stadt Pirot, Sire, die durch das reinste serbische Blut benetzt wurde, Gegenstand einer schändlichen Verwüstung und wilden Ausschreitung geworden.

Indessen vermochten weder unsere zerstörten Häuser, noch die entweihten Kirchen, noch die geschändete Ehre der Familie, dieses unseres Heiligthums, die wilden Instincte eines Stammes zu befriedigen, welcher eben aus den Todten auferstanden ist. Er ging darauf aus, Pirot zu brandmarken, und dies gelang ihm. Seiner barbarischen Zügellosigkeit war es nöthig, uns zur Verleugnung des Serbenthums und Serbiens zu zwingen.

Unsere Herzen bluten, dem gerechten Vorwurfe der Brüder ausgesetzt zu sein. So lange der Schandfleck an uns haften wird, werden wir gesenkten Hauptes vor der beleidigten Mutter Serbia stehen müssen. Wir beugen uns vor diesem Schicksal, das wir verdient haben.

Dennoch kommen wir zu Dir, Sire, um Dich fußfällig zu bitten, daß Du, der Du nach einer fünfhundertjährigen Sclaverei über uns die Strahlen der Freiheitssonne ausgegossen hast, — nicht uns verzeihen, sondern uns rächen mögest.

Wir treten nicht mit Worten vor Deinen Thron, nein, wir bringen Dir, Sire, unser Herzblut, das wir der Mutter Serbia, den Brüdern, dem verletzten Stolze Serbiens schulden. Disponire über unser Leben und unser Gut, laß es verspritzen. Darum bitten wir Dich, dies ist die Hoffnung Deiner unglücklichen Bürger. Wir flehen zu Dir, ermögliche es uns, daß wir gleich allen anderen Serben aufrechten Hauptes rufen dürfen: „Es lebe unser König Milan! Es lebe der Befreier und, so Gott will, der Rächer von Pirot!

Pirot, 3. Januar 1886."

(Folgen 1021 Unterschriften.)

* Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung" hätte der Führer einer der letzten beim Könige Milan erschienenen Deputationen Seiner Majestät erklärt, die Deputation sei zu ihrer Kundgebung im Sinne der Fortsetzung des Krieges nur dadurch veranlaßt worden, weil ein solcher Schritt gewünscht wurde, um im Auslande Eindruck zu machen, daß aber in Wirklichkeit das ganze Volk für den Frieden sei und dessen Wiederherstellung wünsche. Wie der „Politischen Correspondenz" nun von competenter Seite aus Belgrad gemeldet wird, beruht diese Nachricht durchaus auf Erfindung. Es müsse von selbst einleuchten, daß eine derartige Aeußerung gegenüber dem Monarchen überhaupt nicht gethan werden konnte, und es lasse sich ausdrücklich versichern, daß ein solcher Fall nicht vorkam. Im Gegentheile betonen sämmtliche Führer der beim Könige erschienenen Deputationen, daß das Volk zu jedem Opfer bereit sei, es der Einsicht des Königs überlassend, Maßregeln für das Wohl des Volkes zu ergreifen, welche letzteren jederzeit acceptiren werde.

* Ueber die Lage am Bosporus wird der „Politischen Correspondenz" aus Konstantinopel, 19. Januar, geschrieben:

Als die internationale Militaircommission in Pozor den serbisch-bulgarischen Waffenstillstand bis zum 1. März fixirte, erregte dieser lange Termin hier einige Unzufriedenheit, ja sogar ein gewisses Mißtrauen, indem man hinter demselben allerlei böse Absichten witterte; nun ist aber ein Monat dieser Frist verstrichen, ohne daß man, sei es über den Ort der Unterhandlungen, sei es über die anderen Präliminarien einig geworden wäre. Was den Ort betrifft, so hat Serbien, nachdem Deutschland diesbezüglich die Hauptstadt Rumäniens in Vorschlag gebracht hatte, der Pforte, welche die Verhandlungen hier geführt zu sehen wünschte, mitgetheilt, daß es auf der Wahl Bukarests bestehe („insiste"). Fürst Alexander von Bulgarien, dem die Pforte diese Erklärung mittheilte, antwortete darauf, daß Serbien kein Recht habe, auf irgend einen bestimmten Ort zu dringen, und wenn es auf Bukarest bestehe, so bestehe er seinerseits auf Sofia. Seither hat das bulgarische Cabinet sich mit der Wahl Bukarests einverstanden erklärt, allein der Zwischenfall hat es der Pforte klar gemacht, wie gespannt, verwirrt und zweifelhaft noch die ganze Situation sei. Die türkischen Minister fühlen instinctiv, daß es im Interesse der Türkei liege, sich mit dem Fürsten Alexander auf möglichst guten Fuß zu stellen und höchst geheim geführte Unterhandlungen laufen ununterbrochen zwischen Konstantinopel und Sofia. Was der türkischen Staatskunst eine solche Verständigung besonders wünschenswerth erscheinen läßt, ist die Besorgniß vor einer schließlichen Entente zwischen Serbien und Griechenland, der sich auf Unkosten der Türkei, falls diese nicht ihren Frieden mit Bulgarien macht, im letzten Augenblicke auch der Fürst Alexander anschließen könnte.

Versuchungen aller Formen und Arten treten in diesem Augenblicke an den Sultan heran und es bedarf eines klaren und festen Entschlusses, um ihnen gegenüber in einer bestimmten Richtung mit Consequenz auszuharren. Die Militairpartei drängt zu einem Ultimatum an Griechenland und zum Kriege gegen dasselbe. Einer der Scheikhs, die der Sultan zu befragen pflegt, soll empfohlen haben, sich mit der Zulage von Reformen im Innern, von freiwilligen Territorial-Cessionen an Griechenland und Serbien und Anerkennung der Union Bulgariens in die Arme Englands und Frankreichs zu werfen und Militair-Conventionen, Zollvereine und politische Allianzen mit den Balkanländern anzustreben. Andere Berather weisen auf Rußland hin und meinen, es wäre am Besten, sich mit dem Erbfeinde über das Maß zu verständigen, in welchem er die Fortdauer der Existenz der Türkei in Europa gestatten würde. Der Sultan selbst theilt keine dieser abenteuerlichen Ansichten und betont unablässig, daß die Politik der Türkei auf jene conservative Grundlage basirt werden müsse, welche in Europa durch die Drei-Kaiser-Mächte repräsentirt sei, daß er sich auf keine vereinzelte Allianz zu stützen, seine militärische Action auf die Defensive zu beschränken, für diesen Vertheidigungskampf aber, um ihm eine rasche Entscheidung zu sichern, alle verfügbaren Streitkräfte zu concentriren habe. In diesem Gleise bewegt sich die türkische Politik und wird sich wohl auch in Zukunft darin bewegen.

Was speciell Griechenland betrifft, so weiß man hier, daß es auf die Uneinigkeit der maßgebenden Mächte in Bezug auf die Ausdehnung rechnet, welche dem Hellenismus auf der Balkanhalbinsel zu gönnen sei. Die hiesigen Griechen erklären laut, daß sie weit lieber Oesterreich-Ungarn als Bulgarien in Macedonien Grund und Boden gewinnen sehen würden; auf der Pforte aber weiß man bestimmt, daß derlei Avancen keinen Einfluß auf die Entschließungen des Wiener Cabinetes haben und daß, was die Drei-Kaiser-Gruppe betrifft, das Bestreben, Griechenland von einem Friedensbruche abzuhalten, ein gleichmäßig aufrichtiges und ernstes bei allen Theilhabern ist. Trotzdem hält man den Ausbruch der Feindseligkeiten mit Griechenland für kaum vermeidlich und sieht sich für diese Eventualität in jeder Richtung vor.

* Nach Berichten aus Konstantinopel führt die Pforte in ihren militairischen und maritimen Rüstungen ununterbrochen fort. Im Arsenal sind zahlreiche Hände mit der Equipirung mehrerer Panzerschiffe und mit der Anfertigung von Netzen zum Schutze derselben gegen Torpedoangriffe beschäftigt, und die Ausrüstung von Torpillenbooten geht erfolgreich vor sich. Am 17. Januar ist ein neuer Transport frischer Truppen aus Beyrut nach Salonichi abgegangen. In Smyrna werden 4000 Mann aus dem Innern, meist „Ichtiats" (Nachzügler) und Reservisten, zur Weiterbeförderung concentrirt. An der Befestigung der Dardanellen wird eifrig gearbeitet und hat sich Rüstem Pascha in Begleitung eines türkischen Generals zur Besichtigung dieser Arbeiten an Ort und Stelle begeben. Es sind Befehle zum Ankaufe einer beträchtlichen Anzahl von Transportpferden ergangen. — Die Meldungen von den an der griechischen Grenze campirenden Truppen lauten sehr ungünstig. Die meist aus Asien stammenden Mannschaften vermögen in der leichten Kleidung, die sie mitgebracht haben, dem ausnahmsweise strengen Winter nicht Stand zu halten und erliegen zahlreich typhösen Fiebern.

* Der Pariser „Avenir Militaire", ein im Allgemeinen verständig redigirtes Blatt, tischt seinen Lesern in der Nummer vom 16. Januar folgende famose militairische Nachrichten aus Deutschland auf: „Neulich schon haben wir Veranlassung gehabt, zu berichten, daß in den Wäldern der Umgegend von Dieuze (in Deutsch-Lothringen, an der Straße von Saargemünd und Nancy) im Jahre 1885 die Deutschen versteckte Unterkunftsräume für Truppenabtheilungen errichtet haben („cachettes destinées à masquer des troupes"). Diese Verstecke sind am Rande des Straßendammes ausgeführt, welcher unweit von Nancy die neue Landesgrenze entlang führt. Die Arbeiten hierzu sind außerordentlich heimlich betrieben worden, und nur in Folge einer Indiscretion hat die Bevölkerung davon Kenntniß erhalten." „Wir haben — schreibt der Correspondent der „Allgemeinen Zeitung" — unsererseits zu dieser Sensationsnachricht nichts hinzuzufügen. Vielleicht, daß an einer oder der anderen Stelle jener Grenzstrecke die deutschen Zoll- oder Forstbehörden für ihr Personal kleine gesicherte Unterstände haben bauen lassen und daß die Phantasie der Bevölkerung in diesen Bretterbuden gleich Truppenverstecke gewittert hat. Das französische Militairjournal berichtet aber auch ferner, daß gleiche bauliche Anlagen im Westen von Metz, unfern der französischen Stadt Briey, in den Waldungen angebracht worden seien, welche Saint-Privat, Moyeuvre und Fontoy umgeben."

* Nach Berichten, die aus Massauah in Rom eingelaufen sind, soll, wie von dorther gemeldet wird, der abyssinische Heerführer Ras Alula einen herausfordernden Drohbrief von Osman Digma erhalten haben, der sich gegenwärtig in Kufit, also am Orte der zwischen den Abyssiniern und Mahdisten stattgefundenen Schlacht befände.

## Zur irischen Frage.

* Alle Nachrichten, die seit einigen Tagen aus England kommen, weisen übereinstimmend auf den ernsten Charakter hin, welchen die irische Frage abermals anzunehmen droht.

Wie wir den Londoner Blättern entnehmen, hat der Chef der Admiralität, Lord George Hamilton, in einer Wählerversammlung ganz nachdrücklich erklärt, die Regierung sei fest entschlossen, in Irland die zu Recht bestehenden Gesetze wie in allen übrigen Theilen der vereinigten Königreiche aufrecht zu erhalten. Während die englische Regierung bereit sei, führte Lord Hamilton in seiner Rede weiter aus, Irland wie irgend einem anderen Theile Großbritanniens gewisse Localzugeständnisse zu machen, werde die Regierung zu nichts die Hand bieten, was direct oder indirect die Zusammengehörigkeit des großbritannischen Reiches lockern könnte. An diesen Grundsätzen werde die conservative Partei unerschütterlich festhalten.

Auch Mr. Chamberlain erklärte im liberalen Club, Niemand wie er sei mehr bereit, der liberalen Einigkeit größere Opfer zu bringen, aber es gebe doch etwas, was man nicht opfern könne und das sei die Einheit und Integrität des Reiches. Man möge immerhin Irland ein mit der Einheit des Reiches und dem Ansehen des Parlaments vereinbares Maß von localer Selbstbestimmung geben, aber darüber hinauszugehen, sei selbst der liberalen Partei unmöglich.

Auch das Schreiben, welches der Herzog von Bedford an die „Times" gerichtet, kennzeichnet die gegenwärtige Lage der inneren englischen Politik. „Der allgemeine Glaube", heißt es unter Anderm in diesem Schreiben, „daß Mr. Gladstone beabsichtigt, seine Macht im Parlamente dazu zu gebrauchen, die Getreuen in Irland dem Terrorismus der Treulosen zu überliefern, zwingt mich zur Frage, ob die Parteiergebenheit, die ich als wesentlich für unser Regierungssystem betrachte und an der ich mein ganzes Leben hindurch festgehalten habe, nun völlig in die Brüche gehen soll? Außer mir", schließt das Schreiben des Herzogs von Bedford, „liegt vielen von Mr. Gladstone's bisherigen Anhängern daran, versichert zu werden, daß unsere Parteitreue nicht einer so harten Probe unterworfen werden soll."

Was nun die Ansichten der „Times" über diesen Brief des Herzogs betrifft, so erblickt darin das „Cityblatt" bezüglich der irischen Politik Mr. Gladstone's den schlagenden Beweis von der Wirkung, welche das Entgegenkommen des früheren Premiers gegenüber der Partei der Parnelliten in den Reihen der eigentlich Liberalen geübt habe. Diese Aeußerung auf den energischen Protest des Herzogs von Westminster und auf die Sprache der „Edinburgh Review" beseitige den letzten Schatten eines Argwohns, daß die liberale Partei die Ehre der Nation verletzen und sich von gewissen gegenwärtigen Bestrebungen und Ränken beeinflussen lassen werde. Die Mehrzahl der Liberalen und auch die Whigs hätten viel ertragen, um nicht mit der Partei zu brechen; es gebe aber eine Grenze, welche die Liberalen weder überschreiten können, noch wollen und an dieser Grenze sei man jetzt angekommen. — In ähnlicher Weise äußert sich auch eine ganze Reihe liberaler englischer Blätter.

Dagegen enthält die „Irish Times" und andere Dubliner Journale die Mittheilung, es sei Grund zu der Annahme vorhanden, daß das Ministerium des Innern neue Vorsichtsmaßregeln ausgedehnter Art anzuordnen beabsichtige. Es heißt allgemein, die Minister hätten schon vor Wochen eine große Anzahl von Briefen aus allen Theilen der vereinigten Königreiche und aus Amerika erhalten, welche mit neuen Dynamit-Verschwörungen und anderen Rache- und Wiedervergeltungsacten drohen, falls Home Rule verweigert würde, oder Zwangsmittel gegen die Nationalliga in Anwendung kämen. Man behauptet auch, daß sowohl Mitglieder des vorigen als des gegenwärtigen Cabinets wiederholt solche Drohschreiben empfangen hätten; die Natur derselben und der Beweis, den sie von gefährlichen Umtrieben und Zettelungen im Auslande gaben, seien der Hauptgrund gewesen, um ein Uebereinkommen zu Stande zu bringen, welches zwischen den Vorderbänken auf beiden Seiten des Unterhauses über die Nothwendigkeit bestehe, auf eine Politik gegenüber Irlands zurückzukommen, die der ähnlich sei, welche mit dem Ablaufe der Verbrechen-Verhütungsacte ihr Ende erreichte.

Je drohender sich aber auch die Lage der Dinge in Irland gestalten möge, um so thätiger rüstet man sich dort, um dem heranziehenden Sturm Trotz zu bieten. Der executive Rath der irischen Nationalliga von Großbritannien hat, in Folge der Absicht der Regierung, die Zwangsacte in Irland abermals zur Geltung zu bringen, ein Rundschreiben an alle Zweigvereine erlassen, worin diese aufgefordert werden, sofort umfassende Berichte über die von liberalen und conservativen Candidaten während der letzten Wahlen bezüglich Irlands geäußerten Ansichten einzusenden. Auch sollen Abschriften von Wahlreden und Ansprachen beschafft werden, aber in Fällen, in denen schriftliche Versprechungen durch „Zwang" erlangt worden, mußten die Original-Documente dem Rathe der Nationalliga eingesendet werden. Man glaubt, diese Ausweise dürften ergeben, daß mehrere Conservative und viele Mitglieder der liberalen Partei sich ausdrücklich verpflichtet haben, eine besondere Gesetzgebung von vermehrter Strenge für Irland zu bekämpfen.

Während man sich nun im Kreise der Regierung, der politischen Parteien und in der Presse mit diesen Fragen beschäftigt, hört man bereits in Irland von neuen politischen Racheacten und Morden. So ist vor einigen Tagen ein Pächter, Namens Edward Allen, bei Park in der Grafschaft Limerick auf seiner Rückkehr nach Hause erschossen worden. Der Getödtete hatte kürzlich über ein Wegerecht einen Proceß gewonnen, in Folge dessen zwei Männer wegen Gewaltthätigkeiten zu Gefängnißstrafen verurtheilt wurden. Man glaubt nun, daß die Ermordung des Pächters mit diesem Processe zusammenhänge. Der dem Thatorte zunächst gelegene Zweigverein der irischen Nationalliga hat zwar dieses Verbrechen in öffentlicher Sitzung verurtheilt und den Wunsch geäußert, die Mörder mögen der verdienten Strafe nicht entgehen, aber andererseits darf trotz dieser Erklärung nicht übersehen werden, daß die öffentliche Sicherheit Irlands noch Vieles zu wünschen übrig läßt und sich gerade im Laufe der Jüngstzeit wieder bedenklich verschlimmert hat.

Ein Telegramm der „Kölnischen Zeitung" aus London vom 24. d. M. meldet schließlich: Die Parnelliten sind hoffnungsfroh, da Gladstone vollständig für die Sache des Home Rule gewonnen ist und ihre Verwirklichung als Endziel seiner Laufbahn betrachtet. An einer stillschweigenden Uebereinkunft zwischen Gladstone und Parnell ist nicht mehr zu zweifeln, der zufolge vorläufig das Cabinet nicht gestürzt werden soll, damit man Zeit gewinne, bis Gladstone seine Partei und das Land für den Gedanken des Home Rule erzogen und ein eigenes Cabinet vorbereitet habe. Im letzteren Falle würden Hartington und Chamberlain wahrscheinlich fehlen. Gladstone ist bereit, es nöthigenfalls auf einen Bruch in der liberalen Partei ankommen zu lassen.

## Aus dem X. Reichstag-Wahlkreise.

— Döbeln, 24. Januar. Heute Nachmittag ½3 Uhr fand hier die Generalversammlung des nationalliberalen Vereins im X. Wahlkreise statt. Dieselbe wurde in Vertretung des am Erscheinen verhinderten Vorsitzenden, Herrn Commerzienrath Niethammer-Kriebstein, von Herrn Photograph Johnsen-Döbeln eröffnet und besonders den als Gästen anwesenden Herren Reichstagsabgeordneten Dr. Buhl und Holtzmann eine herzliche Begrüßung dargebracht. Aus dem Geschäftsberichte sei mitgetheilt, daß der Verein aus Anlaß des 70. Geburtstages des Reichskanzlers eine Adresse an denselben richtete, auf die ein Dankschreiben einging. Der Cassenbericht wies an einmaligen Spenden 1189 ℳ, an Mitgliederbeiträgen 302.50 ℳ auf, und da die Ausgaben nur 116.45 ℳ betrugen, verblieb ein Cassenstand von 1375.05 ℳ. Nach Erledigung des geschäftlichen Theiles nahm Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Buhl das Wort, um über die den Reichstag bewegenden Fragen und die Stellung der nationalliberalen Partei zu denselben zu referiren, darüber, was geschah, was geschieht und was geschehen wird.

Zuerst trat Redner, nachdem er die Versicherung ausgesprochen, daß das Tabakmonopol wohl niemals wieder auf der Bildfläche erscheinen werde, der Frage des Branntweinmonopols nahe, welches in nächster Zeit auf der Tagesordnung des Reichstages erscheinen werde, und führte aus, daß eine höhere Besteuerung des Branntweins eine alte Forderung unserer Partei sei, weil aus dem Branntwein höhere Erträge zu erzielen und ein wohlthätiger Einfluß auf die Entwickelung der unteren Classen der Bevölkerung zu erwarten sei. Auch die deutschfreisinnige Partei habe früher bei jeder Gelegenheit sich für höhere Branntweinbesteuerung ausgesprochen, aus ihren Reihen sei bei jeder Steuerfrage die Frage gestellt worden: wo bleibt die Besteuerung des Schnapses? Jetzt wolle aber diese Partei von einer Höherbesteuerung des Branntweins nichts wissen, und bilde diese Frage jedenfalls ein bequemes Agitationsmittel, indem man dem Arbeiter vorhalte, daß ihm auch dieses Genußmittel vertheuert werde. Eine höhere Einnahme aus dem Branntwein sei aber wohl geeignet, die Mittel zu schaffen, um den Communen Mittel zuzuführen und das Reich in seinem Einkommen zu kräftigen, jedoch müsse man berechtigte Interessen schonen. Feststehender Grundsatz sei es, daß die deutsche schwerer als eine andere Nation sich dazu eigne, unter dem Zwang eines Staatsmonopols zu stehen. In Frankreich, dem Lande der Republik, habe man schon längst das Tabakmonopol, und neuerdings sei von der republikanischen Linken sogar der Vorschlag, das Branntweinmonopol einzuführen, gekommen; die Gewohnheiten der Völker seien eben verschieden; wir basiren unsere Entwicklung auf der Gewerbefreiheit und Selbstbetriebskraft der Einzelnen und das Staatsmonopol errege bei uns Widerwillen; es müsse daher Aufgabe der Parteien sein, die zweckmäßigste Besteuerungsart zu finden, daß der Branntwein dem Reiche höhere Erträge, der Trinker reinen Branntwein erhalte, die legitimen Interessen des Gewerbes aber nicht geschädigt würden. Es sei dies allerdings eine schwierige Aufgabe.

Die zweite brennende Frage des Reichstages sei die Verlängerung des Socialistengesetzes. Ueber die Wirkung des Gesetzes sei die Meinung verschieden; er persönlich sei immer der Meinung gewesen, daß dasselbe nicht im Stande sei, die Socialdemokratie auszurotten, dagegen habe es die Wirkung gehabt, die geographische Ausbreitung zu verhindern, und diese Wirkung ist auch für die Arbeiter eine glückliche. Aus glücklichen Menschen machte die Socialdemokratie unglückliche, weil sie unzufriedene Menschen schafft. Nimmt man dem Arbeiter seine Arbeitsfreudigkeit und seine Zufriedenheit: nimmt man ihm sein Glück, und deshalb ist das Socialistengesetz kein arbeiterfeindliches, sondern arbeiterfreundliches Gesetz. Dasselbe legt uns aber auch die Pflicht auf, dafür zu sorgen, daß die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllt werden. Der Reichstag werde auf dem betretenen Wege fortfahren, und nachdem er das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz bereits geschaffen, sei er jetzt mit einem solchen für die landwirthschaftlichen Arbeiter beschäftigt. Unsere Bestrebungen werden im Auslande gewürdigt und andere Nationen werden auf der von uns betretenen Bahn nachfolgen; es werden bei uns natürlich auch Fehler gemacht, sie werden sich aber mit der Zeit abändern lassen. Auch in Fragen des Arbeiterschutzes wolle man gern die berechtigten Interessen anerkennen, doch sei es Grundsatz der Partei, vor der Entschließung erst ernstlich zu prüfen.

Bezüglich der Zollfrage hat die nationalliberale Partei jederzeit den Grundsatz ausgesprochen, daß die Ansichten in wirthschaftlichen Fragen in der politischen Partei nicht ausschlaggebend seien. In der Industrie und Landwirthschaft sei in der ganzen Welt Ueberproduction zu bemerken und deshalb Nothlage vorhanden, diese lasse sich nicht durch Zollmaßregeln aus der Welt schaffen, aber die zum Schutze unserer Industrie getroffenen Maßregeln haben sich theilweise bewährt. Die letzten Vorgänge im Reichstage in der Polenfrage unterzog Redner einer eingehenden Betrachtung, und wenn er auch nicht die Härten billigte, mit welchen die Ausweisungen vollzogen worden seien, so hält er es doch für seine Pflicht, die Bemühungen des Reichskanzlers, die deutsche Ostmark, die mit so vielem deutschen Blute gedüngt, der Polonisirung zu entreißen, zu unterstützen in dem Sinne, als es ein im preußischen Abgeordnetenhause gestellter Antrag der Freiconservativen, Conservativen und Nationalliberalen beabsichtigt. Das Auftreten der Deutschfreisinnigen beklagte der Redner aufs Lebhafteste; das unnatürliche Bündniß mit dem Centrum, um kleine Parteizwecke zu erreichen, unterzog er einer scharfen Kritik und wies nach, daß die ganze Opposition nur gegen den Reichskanzler gerichtet sei. Auf das Verhältniß unsrer Partei zu diesem Manne übergehend, betonte er, daß es derselben Freude bereite, wenn sie ihm auf seinem Wege folgen könnten, daß sie ihm aber ein entschiedenes Nein entgegensetzen würde, wenn es die Verhältnisse verlangen. In der Frage der Armeeorganisation sei man einig, daß man der Regierung gern die Mittel bewilligt, die nothwendig sind, das Reich zu schützen, unter Schonung der Steuerkraft. Man wird sich in diesem Streben nicht durch die Angriffe beirren lassen, die von links erfolgen. Mit einem Schlußworte, in welchem er ausführt, daß es leichter sei, nach oben hin Opposition zu machen, als vor seine Wähler zu treten und für den Augenblick unpopuläre Maßregeln zu verantworten, und der Versicherung, daß die Partei jederzeit eintreten werde für das Wohl des Vaterlandes und damit für das Wohl eines jeden deutschen Bürgers, schloß der Redner seinen hochinteressanten und äußerst beifällig aufgenommenen Vortrag.

An den Vortrag knüpfte sich eine rege Debatte, welche dem Redner Gelegenheit gab, sich über den Culturkampf, über das Branntweinmonopol, sowie die Innungs- und Lehrlingsfrage zu äußern. Nachdem noch Herr Reichstagsabgeordneter Holtzmann in warmen Worten der Bitte Worte geliehen, daß die Wählerschaft die Bemühungen der Abgeordneten unterstützen und dadurch ihren schweren Beruf erleichtern möge, wurde durch den Vorsitzenden die Versammlung mit einem Hoch auf Kaiser und Reich geschlossen.

## Carola-Theater.

Leipzig, 25. Januar. „Der Stabstrompeter" hatte gestern zum Sammeln geblasen; die neue Gesangsposse von Mannstädt, welche diesen Titel führt, ging vor sehr vollem Hause in Scene, und wenn man nach dem stürmischen Beifalle schließen dürfte, der die Actschlüsse begleitete, wenn er gleich nach dem letzten Acte sich etwas abschwächte, so ist die Aera der Berliner Gesangsposse noch nicht vorübergegangen.

Der „Stabstrompeter" ist ein militairischer Praktiker, welcher beim weiblichen Geschlecht keine Insubordination duldet; er zähmt sowohl seine eigene Geliebte Amalie und läßt sich durch ihre Ohnmachten nicht einschüchtern, als er auch Frau Mampe zur Raison bringen hilft, indem er durch ermuthigende Signale hinter der Scene Herrn Mampe zu tapferem Widerstand gegen die herausfordernde Offensive seiner Gattin und ihre geheimen Kriegslisten ermuthigt. Herr Mampe ist nämlich ein reichgewordener Conditor, der sich zur Ruhe setzt und eine Villa kauft; seine Frau, Schwester und Mündel wollen nun die Vornehmen spielen, richten sich luxuriös ein, so daß er selbst unter dem Dach einquartiert wird, sprechen nur von ihren Pflichten gegen die Gesellschaft, laufen in Ballkleidern im Hause herum; aber Mampe bleibt seinen alten Lebensgewohnheiten treu, und während die Gattin ihre Salons mit vornehmer Welt oder vielmehr mit einer solchen, die sie dafür hält, bevölkert, ladet er sich seinen Bezirksverein ins Haus, und in der wirksamen Schlußscene des dritten Actes erscheint dieser Verein in seiner ganzen naturwüchsigen Gestalt und bringt einen derben Volksjubel in die Salongesellschaft.

Alle diese Gesangspossen bestehen aus einer Reihe aneinandergefädelter Genrebilder, ohne einen durchgehenden starken Zug der Handlung. Der Stabstrompeter ist am wenigsten der Held des Stückes, sondern mehr seine Vignette. Eher steht August Mampe mit den Seinen im Vordergrunde der Handlung. Das Motiv des ungeschickten Benehmens, das sich reiche Emporkömmlinge oder vielmehr ihre Frauen zu Schulden kommen lassen, ist allerdings aus der ältesten und schon in der Wiener Possenliteratur verbraucht. Man kann sich indeß an einzelnen Scenen des „Stabstrompeters" ganz gut amüsiren; es ist darin eine gewisse volksthümliche Frische, und die Handlung ist nicht so verzwickt wie in manchen Possen, besonders auch in manchen Lustspielschwänken. Der Dialog müßte freilich noch von den groben Zwei- und Eindeutigkeiten gesäubert werden, von denen einige zwar gestern „durchschlugen"; doch das Publicum ist nicht immer bei so guter Laune wie gestern Abend, und man möchte überhaupt wünschen, daß der brüsken Naivetät dieser Berliner Gesangspossen etwas die Spitze abgebrochen würde.

Herr Carell war der Hauptträger der gestrigen Aufführung; es giebt trockene Komiker, die durch ein gewisses Phlegma wirken, andere, die durch ihr Temperament mit fortreißen: zu den letzteren gehört Herr Carell. Sein Mampe hatte eine gewisse „Verve", ohne den Philister zu verleugnen. Der Stabstrompeter des Herrn Grundmann repräsentirte gut und entfaltete eine siegesgewisse militairische Bravour. Antonie Lipsky als Eva Mampe überraschte uns durch sehr lebendiges und in vielen Nüancen gut ausgearbeitetes Spiel; der Vortrag der Couplets mit den Liebeserklärungen in den verschiedenen Dialekten war auch in gesanglicher Hinsicht zu loben und verschaffte der Sängerin den reichsten Beifall. Amalie,

SLUB
Wir führen Wissen.